

*(17)

Politisch-militärische Neuausrichtung der Beijing-Universität

Die Beijing-Universität, die während der Studentenbewegung im Frühjahr eine Hochburg des Protestes gewesen war, darf für das neue Schuljahr nur 800 statt der ursprünglich geplanten 2.000 neue Studenten aufnehmen. Während landesweit die Hochschulzulassungen nur um 5 % gekürzt wurden (s. C.a., Juli 1989, Ü 25), wurde die berühmte Beida von einer offensichtlich politischen Kürzung um 60 % betroffen. Die neuen Studenten werden auch nicht sofort ihr Studium an der Beijing-Universität aufnehmen können, sondern sie müssen sich zunächst einer einjährigen politischen und militärischen Ausbildung in einer Armeeschule in Shijiazhuang unterziehen. Dieses militärisch-politische Propädeutikum ist landesweit beschränkt auf die Beijing-Universität und wurde von Beamten als "Experiment" beschrieben. (AW, 8.9.89, S. 28) -sch-

*(19)

Leitung der Beijing-Universität ausgetauscht

An der Beijing-Universität (Beida), der angesehensten Universität Chinas, wurden Ende August die Führungspositionen ausgetauscht. Der bisherige Präsident Ding Shisun trat von seinem Posten zurück und wurde durch Wu Shuqing, zuvor Vizepräsident der Volksuniversität, ersetzt. Gleichzeitig wurde der bisherige Parteisekretär der Beida, Wang Xuezheng, seines Postens enthoben. Ein Nachfolger für ihn wurde noch nicht eingesetzt, doch wurde der bisherige Sekretär des Komitees der Jugendliga der Stadt Beijing, der 42jährige Lin Yanzhi, zum stellvertretenden Parteisekretär der Beida ernannt (RMRB, 24.8.89). In der Meldung soll der Eindruck erweckt werden, der bisherige Universitätspräsident sei aus freien Stücken gegangen. Wie es heißt, soll der heute 62jährige Mathematiker Ding Shisun, der das Amt des Beida-Präsidenten seit 1984 bekleidete, bereits im März in einem Schreiben an die Staatliche Erziehungskommission den Wunsch geäußert haben, nicht weiter im Amt zu bleiben, weil seine Amtsperiode abgelaufen sei. Ding teilte mit, er wolle künftig wieder seine Lehrtätigkeit im Mathematischen Seminar aufnehmen.

Es können kaum Zweifel daran bestehen, daß Ding aufgrund seiner liberalen Einstellung und seiner Haltung während der Studentenproteste abgesetzt wurde. Die Beida war eine der Hochschulen, deren Studenten eine führende Rolle in der Demokratiebewegung spielten. Da weder der Präsident noch der Parteisekretär der Universität die Teilnahme der Studenten an der Bewegung verhindern konnten, mußten sie von ihren Posten zurücktreten. Der neue Universitätspräsident, ein Wirtschaftswissenschaftler, gilt als orthodoxer Marxist (vgl. Zhongguo Tongxun She, Hong Kong, 24.8.89, nach SWB, 26.8.89).

Die Umbesetzungen an der Universitätsspitze dürften auch der Hauptgrund dafür sein, daß die Beijing-Universität als einzige der großen Beijinger Hochschulen den Semesterbeginn verschieben wird. Während die meisten Hochschulen im Laufe des August ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen (und zwar vorzeitig, weil die Studenten aufgrund der Unruhen eher in die Ferien geschickt worden waren), begann die Beida nicht, wie vorgesehen, Ende August, sondern wird erst Mitte Oktober wieder geöffnet. Ein Grund wurde nicht genannt. (RMRB, 15.8.89) -st-

*(20)

Landesweit Umbesetzungen im Hochschulwesen

Wie die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* in ihrer Ausgabe vom 23.8.89 berichtete, sollen laut Beschluß der Staatlichen Erziehungskommission landesweit an zahlreichen Universitäten und Hochschulen die Führungspositionen "teilweise angeglichen", d.h. ausgetauscht werden. Die Zeitung stützt sich auf Aussagen eines Vertreters der Staatlichen Erziehungskommission. Danach sollen alle Universitätsleitungen überprüft werden, wobei nach folgenden Kriterien vorzugehen ist: Alle Personen, die in der Lage waren, während der Unruhen die vier grundlegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten, können ihre Posten behalten. Diejenigen, die über die Unruhen besorgt waren, sollen umerzogen werden. Diejenigen, die sich im Widerspruch zu den vier grundlegenden Prinzipien verhalten haben, müssen entlassen und näher überprüft werden.

Zugleich hat die Staatliche Erziehungskommission verfügt, daß aufgrund des Mangels an Lehrkräften, die Marxismus-Leninismus unterrichten können, vorerst keine oder nur sehr wenig neue Studenten für die Sozialwissenschaften aufzunehmen sind. Um den Mangel an Lehrern für Marxismus-Leninismus auszugleichen, sollen entsprechend befähigte pensionsreife Lehrkräfte weiter beschäftigt werden.

Darüber hinaus wurde bekannt, daß die Staatliche Erziehungskommission für eine gewisse Zeit das System der Verantwortlichkeit der Präsidenten für ihre Universität oder Hochschule außer Kraft gesetzt hat. Nur an solchen Hochschuleinrichtungen, die "gut gearbeitet haben", darf das Verantwortlichkeitssystem zwecks Sammeln von Erfahrungen beibehalten werden. (Nach SWB, 25.8.89)

Die Hochschulen sind derzeit von den Säuberungsmaßnahmen besonders stark betroffen. Künftig wird man wieder stärker auf die ideologische Zuverlässigkeit der Hochschullehrer und besonders auch der Hochschulleitung achten. Daß die Hochschulen größere Autonomie genießen sollten, war ein Ziel der Erziehungsreform vom Mai 1985. Schon in den Jahren zuvor waren zahlreichen ausgewählten Universitäten größere Kompetenzen zugesprochen worden, die sich inzwischen auf alle tertiären Bildungseinrichtungen

Kultur

*(18)

Akademie der Sozialwissenschaften entläßt wissenschaftliche Mitarbeiter

Die Akademie der Sozialwissenschaften hat zwei namhafte Wissenschaftler entlassen: den Politikwissenschaftler Yan Jiaqi vom Politikwissenschaftlichen Institut und den Historiker Bao Zunxi vom Historischen Institut. Beiden wird vorgeworfen, seit langem einen bürgerlich-liberalen Standpunkt eingenommen, sich an dem "Aufbruch" beteiligt und den "konterrevolutionären Putsch" mit organisiert und angezettelt zu haben. Damit hätten sie sich gegen die Führungsrolle der Partei gewendet und gegen die Gesetze des chinesischen Staates verstoßen. Aus diesem Grunde hätten sie jegliche Grundlage für eine staatliche Anstellung verloren. Gleichzeitig wurden die beiden Wissenschaftler auch aus der Partei ausgeschlossen (RMRB, 10.8.89). Darüber hinaus verlor Yan Jiaqi seinen Posten als Geschäftsführender Direktor der Chinesischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (SWB, 11.8.89).

Yan Jiaqi befindet sich seit Anfang Juni im westlichen Ausland, wo er weiter für die demokratische Bewegung arbeiten will. Bao Zunxin soll verhaftet worden sein. -st-

ausgedehnt haben. Damit ist es nun vorbei; fortan werden die Hochschulen wieder stärker von der Zentrale kontrolliert werden - sei es direkt, wie bei den der Zentrale unterstehenden Institutionen, oder indirekt über die Hochschulämter aller Ebenen. -st-

*** (21)
Chefredakteur der "Guangming-Zeitung" entlassen. Weitere Säuberungen im Pressewesen**

Der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK Li Yan teilte am 11. August mit, daß der Chefredakteur der *Guangming-Zeitung*, Yao Xihua, "seinen Posten verlassen" habe und daß Zhang Changhai zu seinem Nachfolger bestellt worden sei. Yao Xihua sei 60 Jahre alt und habe damit sein Pensionsalter erreicht. Außerdem sei sein gesundheitlicher Zustand nicht gut. Sein Rücktritt sei deshalb ein völlig normaler Vorgang. Yaos Nachfolger Zhang Changhai gehört der Redaktion der *Guangming-Zeitung* seit 1979 an und war zuletzt der verantwortliche Redakteur der Literatur- und Kunst-Abteilung der Zeitung. Zum neuen Mitglied in der Redaktion ernannte die Propagandaabteilung Zhou Longbin, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter am Philosophischen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften. (Zhongguo Tongxun She, Hong Kong, 11.8.89, nach SWB, 15.8.89)

Zhang Changhai und Zhou Longbin sind mit Sicherheit dem orthodoxen Lager zuzuzählen, während Yao Xihua den Platz des Chefredakteurs offensichtlich wegen seiner liberalen Einstellung räumen mußte.

Auch an anderen Zeitungen finden umfangreiche Säuberungen statt. Die "Reorganisation" der Zeitungsredaktionen wird als Hauptaufgabe der Ausrichtung in den Medien betrachtet (*China Daily*, 25.8.89). In der Praxis bedeutet das, daß eine große Anzahl von Redakteuren und Reportern, nämlich alle, die in irgendeiner Form Sympathie für die Studentenproteste und die Demokratiebewegung gezeigt haben, entlassen werden. Alle jungen Journalisten, die nach 1985 die Hochschulen verlassen haben, müssen für ein oder zwei Jahre "an der Basis" arbeiten, d.h. aufs Land geschickt werden. Sie verlieren ihr Wohnrecht in der Stadt, wenn sich herausstellt, daß sie sich bei der Demokratiebewegung engagiert haben (*Wen Wei Po*, 12.8.89, nach SWB, 15.8.89). -st-

*** (22)
Kulturminister Wang Meng abgesetzt**

Anfang September 1989 beschloß der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, Wang Meng von seinem Posten als Kulturminister abzulösen und an seiner Stelle He Jingzhi zum neuen Kulturminister zu bestellen. Offiziell hieß es zu dem Wechsel, Wang Meng habe seit langem darum gebeten, ihn von seinen Pflichten als Kulturminister zu entbinden, um sich wieder seiner schriftstellerischen Tätigkeit widmen zu können (vgl. RMRB, 5.9.89). Nachdem Wang Meng Anfang August sein Amt als Parteisekretär des Kulturministeriums verloren hatte (vgl. Zhongguo Tongxun She, Hong Kong, 6.8.89, nach SWB, 9.8.89), war seine Absetzung als Kulturminister nur noch eine Frage der Zeit und lange vor dem formalen Beschluß des Ständigen Ausschusses des NVK abgemachte Sache. Die Orthodoxen haben den als liberal geltenden Wang Meng (Jahrgang 1934) stets mit Argwohn betrachtet und seine Absetzung spätestens seit dem Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" des Jahres 1987 betrieben. Mit der Ernennung des Schriftstellers zum Kulturminister im Sommer 1986 sollte unter den Intellektuellen um Vertrauen gewonnen werden.

Wie die Zhongguo Tongxun She (ebd.) ergänzend mitteilte, soll Wang Meng erst Anfang Juni von einer Auslandsreise zurückgekehrt sein. Am 2. Juni soll er eine Sitzung des Parteikomitees des Kulturministeriums geleitet haben. Kurz darauf soll er erkrankt und ins Krankenhaus gekommen sein. Von dort sei er nach seiner Entlassung im Juli direkt nach Shandong zur Erholung gefahren und noch nicht wieder nach Beijing zurückgekehrt. Auch auf dem Posten des Parteisekretärs wurde He Jingzhi sein Nachfolger. He Jingzhi (Jahrgang 1924) ist Lyriker. Bekannt geworden ist er vor allem als Mitautor des Librettos für die moderne Peking-Oper "Das weißhaarige Mädchen" (1945). Von 1978-1982 bekleidete er das Amt eines stellvertretenden Kulturministers, 1980 wurde er außerdem stellvertretender Leiter der ZK-Propagandaabteilung. He Jingzhi ist dem Lager der Orthodoxen zuzurechnen. -st-

*** (23)
Offizielle Versicherung, daß Politik gegenüber den Intellektuellen unverändert bleibt**

In einem Kommentar der *Volkszeitung* vom 4.8.89 wird versichert, daß die Partei an ihrer bisherigen Politik gegenüber den Intellektuellen festhalten

werde. Die Angst vor einer "linken" Politik gegenüber den Intellektuellen sei unbegründet. Die Politik könne sich schon deshalb nicht ändern, weil die Partei nach wie vor den Kurs der sozialistischen Modernisierung steuere. Dafür brauche man die Intellektuellen und eine große Zahl von Fachleuten. Nicht nur für den wirtschaftlichen Aufbau, auch für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation und die Anhebung des Bildungsstandes der Bevölkerung seien die Intellektuellen unverzichtbar. Aus diesem Grunde werde man die Politik, Wissen und Begabung zu respektieren, weiter durchführen.

Im gleichen Sinne äußerte sich Generalsekretär Jiang Zemin auf einer Diskussionsveranstaltung mit Lehrern und Studenten der Qinghua-Universität Ende August. Er machte ebenfalls deutlich, daß sich die Intellektuellenpolitik der Partei nicht ändern werde. Die Intellektuellen, so versicherte er, seien ein Teil der Arbeiterklasse; außerdem seien sie die Hauptkraft in der sozialistischen Modernisierung, denn diese sei nicht ohne Wissenschaft und Technik und ohne das Bildungswesen zu erreichen. (RMRB, 27.8.89)

Trotzdem rief Jiang Zemin daneben auch die Schlagworte "Verbindung von Theorie und Praxis" und "Von den Arbeitern und Bauern lernen" ins Gedächtnis zurück, Schlagworte, die in den letzten Jahren niemand mehr offiziell erwähnte. Noch ist es zu früh, um beurteilen zu können, wie weit diese Schlagworte in der Praxis leere Floskeln bleiben, wie weit dahinter tatsächlich ein verändertes Erziehungskonzept hin zu einer mehr praxisorientierten Erziehung steht (das auch in den letzten Jahren sehr viele Befürworter hatte) oder wie weit die Konzepte allein der politisch-ideologischen Umerziehung der Intellektuellen dienen.

Zunächst einmal sind Partei und Regierung offensichtlich bemüht, das Vertrauen der Intellektuellen zu gewinnen. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß sie in erster Linie um Naturwissenschaftler und Techniker werben. Welche Bedeutung dieser Gruppe von Intellektuellen von offizieller Seite beigemessen wird, zeigt u.a. ein Gespräch führender Partei- und Regierungsvertreter mit Fachleuten aus Naturwissenschaft, Technik und Erziehung, die sich um die Modernisierung Verdienste erworben haben (vgl. RMRB, 29.8.89). Auch auf dieser Veranstaltung wurden

die obengenannten Grundsätze der Intellektuellenpolitik wiederholt. Sowohl Jiang Zemin als auch Li Peng vertraten den Standpunkt, daß die Modernisierung von den Fachleuten in Wissenschaft und Technik abhängt und daß Wissenschaft und Technik der Modernisierung zu dienen hätten. Beide betonten noch einmal, daß die Intellektuellen Teil der Arbeiterklasse seien. Dies war die entscheidende Aussage, mit der Deng Xiaoping 1978 die Intellektuellen nach den in der Kulturrevolution erfahrenen Diskriminierungen gesellschaftlich aufgewertet hatte. -st-

* (24)

Konferenz über Pressewesen: Gegen Pressefreiheit und für Parteilichkeit

Anfang August veranstaltete das Büro für das Pressewesen der Propagandaabteilung des ZK eine Tagung mit Journalisten, auf der die Grundsätze eines marxistischen Journalismus herausgestellt und der bürgerlichen Liberalisierung im Journalismus der Kampf angesagt wurde. Im Journalismus, so hieß es, offenbare sich die bürgerliche Liberalisierung auf zweierlei Weise: zum einen dadurch, daß man abstrakte Pressefreiheit fordere, womit man die führende Rolle der Partei im Pressewesen verneine, zum anderen dadurch, daß man den Volksgeist höher bewerte als den Parteigeist, wodurch man beide in Gegensatz zueinander stelle und das Grundprinzip der marxistisch-leninistischen Theorie des Journalismus, nämlich die Parteilichkeit, ablehne. Während der jüngsten Unruhen hätten einige Journalisten unverblümt Pressefreiheit gefordert, aber eine über den Klassen stehende, abstrakte Pressefreiheit gebe es nicht; die Pressefreiheit sei nicht vom sozialistischen System und von den grundlegenden Charakteristika des sozialistischen Pressewesens zu trennen. Desgleichen hätten einige gefordert, den Geist des Volkes über den Parteigeist zu stellen; sie hätten die Ansicht vertreten, daß die Presse stellvertretend für das Volk die Partei beaufsichtigen solle, als ob nicht die Partei das Volk vertrete.

Namentlich kritisiert wurde insbesondere Hu Jiwei (Mitglied des Ständigen Ausschusses des NVK und ehemaliger Verlagsleiter der *Volkszeitung*, der 1983 im Zuge des Kampfes gegen die "geistige Verschmutzung" diesen letzten Posten verlor, vgl. C.a., 1983/11, Ü 7). Ihm wird vorgeworfen, die Theorien über die Pressefreiheit verbreitet

und damit auf die Journalisten beträchtlichen Einfluß ausgeübt zu haben. Er habe das Prinzip der Parteilichkeit als "verknöchertes" Relikt angesehen und den Geist des Volkes propagiert; damit habe er die Führungsrolle der Partei abgelehnt. Wenn man zwischen Volksgeist und Parteigeist einen Gegensatz konstruiere und der Meinung sei, das Volk könne sich von der Partei trennen, dann wäre ein anarchistischer Zustand die Folge. (RMRB, 6.8.89, Auszüge in XNA, 7.8.89)

In den Augen der Partei haben die Medien sehr viel zum Entstehen der jüngsten Unruhen beigetragen, indem sie angeblich die öffentliche Meinung irregeleitet haben. Infolgedessen wird jetzt in theoretischen Artikeln unmißverständlich von den Journalisten gefordert, am Prinzip der Parteilichkeit festzuhalten (vgl. z.B. RMRB, 7.8.89 u. GMRB, 11.8.89). -st-

* (25)

Politisch-ideologische Erziehung der Studenten

Mit Beginn des neuen Studienjahres wird der Schwerpunkt des Unterrichts an den Hochschulen auf die ideologische und politische Erziehung der Studenten gelegt. Viele Hochschulen haben ihren Lehrbetrieb schon im August aufgenommen, um das durch die vorzeitige Schließung vor den Sommerferien versäumte Pensum nachzuholen. Ihre Hauptaufgabe sehen jedoch alle Hochschulen in der Organisation politischer Kurse für die Studenten. Der politische Unterricht umfaßt das Studium der vorgegebenen Parteidokumente und der Rede Deng Xiaopings vom 9.6.89 sowie der offiziellen Materialien über die Studentenproteste. Außerdem wird von jedem Studenten gefordert, seine eigene Rolle während des "Aufruhrs" darzulegen. (GMRB, 11.8.89) Davon betroffen sind sogar auch die Absolventen einiger Universitäten, die bei den Unruhen eine besondere Rolle gespielt haben, wie z.B. die Absolventen der Beijing-Universität (vgl. RMRB, 6.8.89).

Der Weg für die Umerziehung der Studenten wird von offizieller Seite gewiesen. So betonte der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, He Dongchang, auf einer Veranstaltung an der Universität Wuhan die Notwendigkeit, daß die Hochschulen an der sozialistischen

Richtung festzuhalten und Studenten auszubilden hätten, die dem Volke dienen wollen und zugleich über gutes Fachwissen verfügen. Über die Rolle der Studenten bei den Unruhen sagte er, viele Beijinger Studenten hätten ihre Unzulänglichkeiten in dreierlei Hinsicht zugegeben: 1. Sie hätten sich selbst überschätzt; 2. sie hätten die Situation Chinas nicht richtig verstanden; 3. sie hätten sehr geringe Kenntnisse vom Marxismus. Damit dies anders werde, müßten strenge Forderungen an die jungen Studenten gestellt werden. Sie müßten dazu gebracht werden, sich mit den Arbeitern und Bauern und mit der Realität zu verbinden, sie müßten ferner in marxistischer Theorie geschult, über die Situation des Landes und über Patriotismus unterwiesen werden, und sie müßten lernen, sparsam zu leben und hart zu arbeiten. (RMRB, 10.8.89)

Die gleichen Richtlinien wurden auf einer nationalen Tagung über Hochschulbildung ausgegeben. Die Tagung fand Mitte August unter Beteiligung von 120 Fachleuten für politische Bildung von insgesamt 96 Hochschulen aus ganz China statt (vgl. GMRB, 15.8.89). Die wichtigste Botschaft der Konferenz lautete, dem Politikunterricht an den Hochschulen die höchste Priorität beizumessen. Prominenteste Redner waren der Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, Li Tieying, und sein Stellvertreter He Dongchang. Lis Rede wurde im ZK-Organ *Qiushi* (16.8.89) abgedruckt; eine Zusammenfassung brachte die *Guangming-Zeitung* am 17.8.89. Darin betonte Li Tieying den Klassencharakter des Erziehungswesens. Jedes gesellschaftliche System müsse seine Studenten mit seiner Ideologie erziehen und beeinflussen. China als sozialistischer Staat müsse darauf bestehen, daß die Erziehung dem Sozialismus diene und daß Studenten mit der richtigen politischen Einstellung herangezogen würden. Die vier grundlegenden Prinzipien seien die Grundlage des Staates und der Lebensnerv der Hochschulen. Um sie voll zur Geltung zu bringen, sei es notwendig, mit Hilfe des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen die bürgerliche Liberalisierung zu bekämpfen. Schließlich hob Li Tieying hervor, daß sich an der offiziellen Politik gegenüber den Intellektuellen nichts ändern werde.

He Dongchang wies in seiner Rede (abgedruckt in GMRB, 16.8.89) auf das Ausmaß der Studentenunruhen

hin. Teilgenommen hätten über 600 Hochschulen in mehr als 80 Städten, wobei der "Aufbruch" in Beijing am heftigsten hervorgebrochen sei und sich von dort übers ganze Land ausgeweitet habe. Auch He forderte strenge ideologische Unterweisung, um die Studenten wieder auf den rechten Weg zu führen. Bemerkenswert ist, daß sich He positiv über das Erziehungswesen in den "17 Jahren" vor der Kulturrevolution äußerte (also die Jahre 1949-1966), während er an den Reformen im Erziehungswesen nach der Kulturrevolution kritisierte, daß man sich nicht genau überlegt habe, wie man Fachleute heranziehen wolle, die fest am sozialistischen Weg festhielten. In der Vergangenheit (womit er die "17 Jahre" meinte) habe man gefordert, die Erziehung müsse der proletarischen Politik dienen, jetzt hingegen heiße es, die Erziehung habe dem Sozialismus zu dienen. Dem Sozialismus dienen müsse seiner Meinung nach auch beinhalten, der Politik zu dienen. Mit dieser Äußerung hat sich He Dongchang als Vertreter eines orthodoxen Standpunkts ausgewiesen.

Es ist damit zu rechnen, daß sich im Erziehungswesen orthodoxe Ansichten wieder durchsetzen werden. Dies bedeutet in erster Linie, daß das maoistische Erziehungskonzept der Verbindung von Studium und praktischer Arbeit eine Neuauflage erleben wird. Dieses Konzept wird nicht nur von Politikern, sondern auch von Erziehungswissenschaftlern propagiert, so z.B. von Zhang Chengxian in einem längeren Artikel in der *Volkszeitung* am 12.8.89 (Auszüge in XNA, 13.8.89). Auch Zhang kritisiert die Erziehungsreformen der jüngsten Zeit, die seiner Meinung nach zu viel Wert auf reine Erziehung gelegt und sich vom proletarischen Erziehungsstandpunkt entfernt hätten. Er distanziert sich zwar von der extremen Erziehungspolitik der kulturrevolutionären Zeit, äußert sich jedoch ebenfalls positiv über die Zeit vor der Kulturrevolution. Er plädiert für die Verbindung von Erziehung und praktischer Arbeit, für die Verbindung von Theorie und Praxis und fordert, daß die Studenten während des Studiums an praktischer Arbeit teilnehmen, daß sie sich mit den Arbeitern und Bauern verbinden, damit der "neue sozialistische Mensch" herangebildet würde.

Das alte Schlagwort "Rot und Experte" erlangt wieder neue Bedeutung. Während in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt auf dem Expertentum lag, dürfte er nun wieder eindeutig auf dem "Rotsein" liegen. -st-

*(26)
Zeitschrift "Wahrheitssuche" wieder dem ZK unterstellt

Die Zeitschrift *Wahrheitssuche* (*Qishi*), das Nachfolgeorgan der *Roten Fahne*, ist auf Beschluß des ZK wieder dem ZK direkt unterstellt worden. Seitdem die Zeitschrift im Juli 1988 die Nachfolge der *Roten Fahne* antrat, lag die Herausgeberschaft bei der ZK-Parteischule, während die *Rote Fahne* bis zum Februar 1988 immer vom ZK herausgegeben worden war (vgl. C.a., 1988/4, Ü 12). Fortan soll *Wahrheitssuche* wieder als theoretisches Organ des ZK fungieren. (RMRB, 19.8.89) Als solches dürfte sie wieder einen orthodoxen Charakter annehmen. Gerade dieser sollte durch die Umorganisation und Umbenennung der Zeitschrift im Jahre 1988 überwunden werden. -st-

*(27)
Kampagne gegen Pornographie?

Die sog. "Säuberung des kulturellen Marktes", die im Juli begann, wurde im August stark intensiviert. Der dabei an den Tag gelegte Eifer, mit dem landesweit an die Säuberungsarbeit gegangen wird, konzentriert sich den offiziellen Meldungen zufolge auf pornographische Werke und Videofilme. Auf einer nationalen Konferenz, die am 22.8.89 in Beijing über die "Säuberung der kulturellen Märkte" eröffnet wurde, betonte der stellvertretende Kulturminister Gao Zhanxiang, daß der Schwerpunkt der Arbeit auf der Ausrottung pornographischer Werke liege und daß die Arbeit schon große Erfolge gezeitigt habe (XNA, 23.8.89). Zu den Erfolgsmeldungen zählen folgende Aussagen (vgl. ebd.): Seit dem 11. Juli, als die Behörde für das Presse- und Publikationswesen die Überprüfung und Ausrichtung des Bücher- und Zeitschriftenmarktes anordnete, seien in ganz China über 90.000 pornographische Videobänder und 11,34 Millionen Exemplare pornographischer Bücher und Zeitschriften konfisziert worden; über 65.000 Personen seien zur Überprüfung von gut 40.000 Bücherständen und -läden herangezogen worden.

Es muß bezweifelt werden, ob die Überprüfung des Bücher- und Zeitschriftenmarktes sich tatsächlich in erster Linie gegen Pornographie richtet. Vielmehr scheint die Kampagne gegen die Pornographie nur ein Vorwand zu sein, um anderes unliebsames Schrift-

tum zu konfiszieren. Hongkonger Presseorgane berichten, daß die Behörde für das Presse- und Publikationswesen eine schwarze Liste mit Namen herausgegeben habe, deren Werke einzuziehen seien. Dabei soll es sich um die folgenden Namen handeln: Fang Lizhi, Li Shuxian, Liu Binyan, Yan Jiaqi, Bao Zunxin, Chen Yizi, Wan Runnan, Su Xiaokang, Wang Juntao und Chen Ziming (Zhongguo Tongxun She, 26.7.89, nach SWB, 29.7.89). Einer anderen Hongkonger Quelle zufolge sollen von dem Bann vier Arten von Publikationen betroffen sein: 1. Biographien über Zhao Ziyang und Hu Yaobang; 2. Bücher, die von bekannten Wissenschaftlern, wie Yan Jiaqi, Zhang Xianyang und Hu Jiwei, verfaßt oder herausgegeben worden sind; 3. Bücher über Kunst, die den menschlichen Körper zeigt; 4. Bücher über Sex (*Ming Pao*, 21.7.89, nach SWB, 25.7.89). Die Reihenfolge dürfte der Prioritätenskala im Kampf gegen unliebsame Veröffentlichungen entsprechen. -st-

*(28)
Studiengebühren für die meisten Studienanfänger

Mit Beginn des neuen Studienjahres soll die Mehrzahl der an den regulären Universitäten und Hochschulen immatrikulierten Studenten Studiengebühren zahlen. Dies wurde von der Staatlichen Erziehungskommission verfügt (vgl. GMRB, 15.8.89; XNA, 17.8.89). Der Grund ist, daß Chinas Hochschulen in arger Finanznot stecken. Diese ist vor allem auf die starke Ausweitung des tertiären Bildungssektors in den letzten Jahren zurückzuführen. 1988 gab es in China 1.075 reguläre Hochschulen und 2,06 Millionen Studenten im Grund- und Fachstudium, das sind 4,6mal bzw. 14mal mehr als 1950. Zählt man die tertiären Bildungseinrichtungen im Bereich der Erwachsenenbildung hinzu, erreicht die Zahl der Studierenden sogar knapp 4 Millionen. Auch die Ausbildungskosten pro Student haben stark zugenommen: Kostete in den fünfziger Jahren die Ausbildung pro Student noch unter 1.000 Yuan, so sind es heute bis zu 3.000 Yuan. Angesichts dieser Umstände ist es dem Staat nicht mehr möglich, allen Studenten eine unentgeltliche Hochschulbildung zu gewähren.

Die Studiengebühren betragen pro Studienjahr 100 - 300 Yuan. Falls diese Summen aufgrund wirtschaftlicher

Schwierigkeiten nicht aufgebracht werden können, werden auf Antrag Darlehen gewährt (GMRB, 15.8.89).

In Ausnahmefällen werden nach wie vor staatliche Stipendien gewährt. Die Ausnahmen gelten für folgende Gruppen von Studenten:

- solche, die bestimmte Spezialfächer studieren, für die staatlicherseits dringender Bedarf besteht, und zwar Pädagogik, Land- und Forstwirtschaft, Sport, Ethnologie und Navigation;
- solche, deren spätere berufliche Tätigkeit damit verbunden sein wird, in Gebieten mit besonders schwierigen Lebensbedingungen zu arbeiten, wie es im Bergbau, in der Geologie, im Wasserbau und in der Erdölförderung der Fall ist;
- solche, die an Hochschulen studieren, die Minderheitsgebieten oder -abteilungen unterstehen; an diesen Hochschulen sollen die Studiengebühren erst 1990 eingeführt werden (ebd.).

Die Einführung von Studiengebühren hat nichts mit den jüngsten Studentenprotesten zu tun, sondern wird bereits seit längerem angestrebt. Die Abschaffung des unentgeltlichen Hochschulstudiums wurde schon vor zwei Jahren, im August 1987, verfügt. Auch damals galten die gleichen Ausnahmen wie jetzt (vgl. C.a. 1987/8, Ü 20). Neben der Entlastung des Staatshaushalts erhofft man sich durch die Einführung von Studiengebühren auch, daß die Studenten größere Initiative und größeren Eifer beim Studium entwickeln. -st-

*(29)

Stellenvermittlung für Hochschulabsolventen

Auch in diesem Jahr erhält die überwiegende Mehrzahl der fast 500.000 Hochschulabgänger einen Arbeitsplatz nach dem alten System der Arbeitsplatzzuweisung. Dieses sieht vor, daß Absolventen von der Zentrale unterstellten Hochschulen ihre Arbeitsplätze nach einem von der Zentrale aufgestellten Plan erhalten. Auf Provinzebene wird entsprechend verfahren. Dieses System beinhaltet in der Regel lebenslange Beschäftigung bei staatlichen Stellen. Seit mehreren Jahren sind Reformbemühungen im Gange mit dem Ziel, die staatliche Arbeitsplatzgarantie für Hochschulabsolven-

ten allmählich abzuschaffen und die Studenten sich ihre Stellen selber suchen zu lassen (vgl. C.a., 1985/4, Ü 20). Bisher wird ein Mischsystem praktiziert, bei dem die Hochschulen als Vermittler auftreten, die sowohl die Wünsche der Studenten als auch die der einstellenden Einheiten bearbeiten. Obwohl der Staat in den letzten Jahren immer weniger staatliche Stellen zur Verfügung stellte und die Studenten ermuntert wurden, "an die Basis zu gehen", bevorzugten diese doch immer die staatlichen Stellen. Jetzt scheint sich hier ein Wandel zu vollziehen. Wie es heißt, hat in diesem Jahr die Zahl der Studenten, die an die Basis, d.h. in nichtstaatliche Stellen vermittelt wurden, gegenüber dem letzten Jahr zugenommen. Genaue Zahlen wurden nicht genannt, doch wird berichtet, daß viele Studenten sogar eine Arbeit in kleinstädtischen oder ländlichen Betrieben vorziehen, weil sie dort eine größere Rolle spielen können, mehr Eigeninitiative entfalten und mehr Geld verdienen können (vgl. *China Daily*, 3.8.89; XNA, 4.8.89; XNA, 26.7.89, nach SWB, 1.8.89).

Die Abschaffung der Arbeitsplatzgarantie bringt es mit sich, daß nicht alle Hochschulabsolventen eine Stellung finden. Hierüber liegen jedoch keine Zahlen für ganz China vor. Genauer wurde über die Situation der diesjährigen Hochschulabsolventen in Beijing mitgeteilt. Danach sollen von 32.000 Abgängern gut 1.000 noch keine Arbeit gefunden haben (XNA, 3.8.89). Da die Beijinger Hochschulen zu den besten des Landes zählen und ihre Absolventen daher weniger Schwierigkeiten haben dürften, eine Stelle zu finden, als solche von unbekannteren Hochschulen, dürfte der Prozentsatz der Hochschulabsolventen, die keine Arbeit gefunden haben, landesweit höher liegen. Ein besonderer Mangel soll in Beijing u.a. an Fachkräften in Computer-Wissenschaft, Biochemie, analytischer Chemie, Englisch und Soziologie bestehen (ebd.).

Unklar ist, wieweit eine Bestimmung aus dem Jahre 1987 Geltung hat, nach der Hochschulabsolventen nicht mehr direkt nach Verlassen der Hochschule in staatliche Stellen vermittelt werden, sondern erst für zwei Jahre praktisch arbeiten müssen (vgl. C.a., 1987/6, Ü 26). In zwei XNA-Meldungen (3.u.4.8.89) heißt es, daß in diesem Jahr weniger Hochschulabsolventen in Stellen an der Zentrale unterstellten Abteilungen und Organisationen ver-

mittelt wurden, d.h. es hat sehr wohl eine Anzahl von Absolventen gegeben, die trotz dieser Bestimmung nicht erst praktische Arbeit leisten mußten. Ganz offensichtlich ist diese Bestimmung immer unterlaufen worden. Nur so ist zu erklären, daß ZK und Staatsrat die Bestimmung in diesem Sommer erneuert haben. Laut Informationen der Hongkonger *Wen Wei Po* hat die Zentrale verfügt, daß künftig Partei- und Regierungsorganen auf Zentral- und Provinzebene untersagt ist, Graduierte und Postgraduierte, die die Universität gerade verlassen haben, direkt einzustellen. Falls sie bestimmte Absolventen dennoch einstellen wollten, müßten sie eine offizielle Genehmigung einholen. Ansonsten dürften sie Stellen nur an Leute vergeben, die 2-3 Jahre an der Basis gearbeitet haben.

Der Hongkonger Zeitung zufolge soll die Zentrale sogar angeordnet haben, daß Hochschulabsolventen, die seit 1985 direkt im Anschluß an die Hochschulausbildung in Stellungen bei Partei- und Regierungsorganen gekommen sind, unverzüglich an die Basis geschickt werden müssen. Ob sie später wieder in die gleiche Stellung zurückkehren können, hänge von ihrer Führung ab. (*Wen Wei Po*, 22.8.89, nach SWB, 24.8.89)

In der kürzlich erlassenen Verfügung wird nur von "Partei- und Regierungsorganen" gesprochen, während in der Bestimmung von 1987 ausdrücklich auch von Hochschulen und Forschungsinstitutionen der Zentrale die Rede war. Die Unklarheit könnte sich daraus erklären, daß bei der Durchführung dieser Bestimmung offenbar Probleme auftauchen. -st-

*(30)

Komponist Hou Dejian verläßt ausländische Botschaft

Der Komponist Hou Dejian, der in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni als einer der letzten den Tiananmen-Platz verlassen und sich in eine ausländische Botschaft geflüchtet hatte (laut Mitteilung von Radio Australia handelte es sich um die Australische Botschaft in Beijing, s. SWB, 21.8.89), hat angeblich aus freien Stücken die Botschaft verlassen und ist nach Hause zurückgekehrt. Dies meldeten die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* am 18. August 1989 jeweils auf ihrer ersten Seite. Beide Zeitungen brachten Einzelheiten über Hou Dejians Sicht der Vorfälle

Tabelle: Zahlungsbilanz der VR China 1988 (Mio.US\$)

	Saldo	Soll	Haben
Insgesamt	0	68.287,85	68.287,85
Bilanz der laufenden Posten	- 3.802,03	51.751,52	47.949,49
Außenhandel	- 5.315,33	46.369,34	41.054,01
Exporte	41.054,01	41.054,01	
Importe	- 46.369,34	46.369,34	
Non-Trade-Transaktionen	1.093,85	5.233,09	6.326,94
Fracht	52,22	1.600,74	1.652,96
Transportgebühren	- 79,16	1.386,91	1.307,75
Versicherungen	131,38	213,83	345,21
Hafen- u.Arbeitsdienstleistungen	- 585,42	889,35	303,93
Tourismus	1.613,91	632,92	2.246,83
Investitionen	- 161,02	1.629,65	1.468,83
Gewinne	- 7,62	7,68	0,06
Zinsen	- 216,61	643,57	426,96
Bankzahlungen	63,21	948,40	1.041,61
Kapitalverkehr	7.132,22	13.130,14	20.262,36
langfrist.Kapitalverträge	7.056,02	4.057,73	11.113,75
Direktinvestitionen	2.343,68	850,00	3.193,68
Kredite v. Welt-Organisationen	695,95	164,86	860,81
Kredite v. ausländ.Regierungen	1.139,55	165,26	1.304,81
Bankkredite	670,62	357,45	1.028,07
Leasing	95,69	65,00	160,69
Kredite an das Ausland	- 192,89	220,94	28,05

Quelle: Staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle.

auf dem Tiananmen-Platz in der fraglichen Nacht, wie er sie zwei Reportern der Xinhua-Nachrichtenagentur in einem Interview mitgeteilt hatte. Die Aussagen, die Hou Dejian in dem Interview machte, stehen nicht in Widerspruch zur offiziellen Darstellung der Vorfälle. So sagte Hou, daß er während des ganzen Prozesses der Räumung des Platzes "nicht gesehen" habe, daß ein Student, ein Bürger oder ein Soldat zu Tode gekommen sei; er habe auch nicht gesehen, daß Tanker oder Panzerwagen Menschenmassen niedergewalzt hätten. Die Zeitungen berichteten ferner, das chinesische Außenministerium habe mehrmals bei der ausländischen Botschaft gegen die illegale Aufnahme eines chinesischen Bürgers protestiert und seine Auslieferung verlangt. Hou Dejian selbst sagte den Reportern, er habe während dieser Zeit Kontakte mit den chinesischen Behörden aufgenommen und sich schließlich entschlossen, die Botschaft zu verlassen und nach Hause zurückzukehren.

Über die Gründe, die Hou Dejian zum Verlassen der Botschaft bewogen, läßt sich nur mutmaßen. Wahrscheinlich hat Hou, der 1983 von Taiwan nach Beijing übergesiedelt ist, die Ausweglosigkeit seiner Situation erkannt und sich Straffreiheit dadurch erkauft, daß er partei- und regierungskonforme Aussagen macht. Die in dem Interview gebrachten Aussagen haben allerdings nichtssagenden Charakter. Ob Hou darüber hinaus Informationen preisgegeben hat, ist nicht bekannt. -st-

*(31)

Zhou Yang gestorben

In einer gleichlautenden kurzen Meldung brachten die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* am 1.August 1989 die Nachricht, daß Zhou Yang am 31.Juli nach längerer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Seit den dreißiger Jahren war Zhou Yang einer der wichtigsten und höchsten Kulturkader der KPCh gewesen, der in der Volksrepublik zahlreiche Ämter bekleidete. In der Zeit vor der Kulturrevolution bekleidete er u.a. das Amt eines stellvertretenden Kulturministers (1949-54) und war für mehrere Kritik-kampagnen im kulturellen Bereich verantwortlich, so z.B. für die Kampagne gegen Hu Feng. In der Kulturrevolution wurde er heftig kritisiert, nach Maos Tod jedoch rehabilitiert. Im November 1979 wurde er Vorsitzender des Chinesischen Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden, einen Posten, den er bis zum 5.Kongreß des Verbandes im November 1988 innehatte. Zugleich nahm er im Chinesischen Schriftstellerverband die Position eines

stellvertretenden Vorsitzenden ein (1978-1985). Auch die Partei hatte ihm ein wichtiges Amt angetragen: 1980 wurde er stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung des ZK, ein Posten, der ihm jedoch 1982 schon wieder entzogen wurde. Statt dessen wurde er in die Zentrale Beraterkommission abgeschoben, der er ebenfalls bis 1985 angehörte.

Zhou Yang, der vor der Kulturrevolution als orthodoxer Marxist galt, hatte nach der Kulturrevolution einen Wandel vollzogen und zu verstehen gegeben, daß er sein früheres Verhalten bereute. Verschiedentlich erwies er sich als Anhänger unorthodoxer Anschauungen, so z.B. im März 1983, als er auf einem Marx-Symposium die Existenz von Entfremdungserscheinungen im Sozialismus bejahte. Auch zum Problem des Humanismus machte er unorthodoxe Äußerungen (vgl. C.a., 1983/11, Ü 6). All dies ließ ihn in den Augen der Parteiorthodoxen suspekt erscheinen, brachte ihm jedoch unter den Schriftstellern und Künstlern, auch denen der jüngeren Generation, Sympathien ein. Schon auf dem vierten Nationalen Schriftstellerkongreß im Dezember 1984/Januar 1985 konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr anwesend sein. Er verlor zwar damals sein Amt als stellvertretender Vorsitzender und wurde statt dessen zum Berater des Nationalen Schriftstellerverbandes ernannt, doch war

dies nicht als "Abschiebung", sondern eher als Respekterweisung einem Mann gegenüber zu verstehen, der sich geläutert hatte und sich offen zu seinen unorthodoxen Überzeugungen bekannte. Aus dem gleichen Grunde wurde er auch auf dem fünften Kongreß der Literatur- und Kunstschaffenden im November 1988 zum Ehrenmitglied des nationalen Komitees des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden ernannt. -st-

Außenwirtschaft

*(32)

Zahlungsbilanz 1988

Die obenstehende Tabelle zeigt die Zahlungsbilanz der Volksrepublik China für das Jahr 1988 in Saldenform. Demnach gab es ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 5,315 Mrd.US\$. Dieses Defizit konnte durch einen Überschub in der Dienstleistungsbilanz in Höhe von 1,094 Mrd.US\$ verringert werden.

Die Devisenreserven für Ende 1988 wurden auf 17,55 Mrd.US\$ beziffert. (China Daily, 27.8.89) -lou-